



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Anna Rasehorn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Holger Gießhammer, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

**Nach 100 Tagen schwarz-orangem Koalitionsstreit ohne Kompass:  
den Freistaat jetzt voranbringen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Streit und Kompetenzgerangel zu beenden und zum Wohle Bayerns

- einen Plan mit konkreten Zwischenzielen für den schnellen Ausbau der Windkraft in Bayern vorzulegen, verbunden mit einer Aufklärungs- und Informationskampagne pro Windenergie,
- bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu diesem Zweck die staatlichen Unternehmen zu einer Wohnbaugesellschaft zusammenzuführen,
- konkrete Vorschläge für den Bürokratieabbau vorzulegen, insbesondere für die Beschleunigung von Energie- und Bauprojekten,
- die Anerkennung von Fachkräften aus dem Ausland zu vereinfachen,
- den Ausbau der Ganztagsbetreuung zu beschleunigen und Ganztagschulen kostendeckend zu finanzieren, um für gute Bildung und genügend Fachkräfte zu sorgen.

### **Begründung:**

Immer mehr ernstzunehmende Stimmen aus Wirtschaft und Gesellschaft warnen vor dem Verlust an Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit im Freistaat angesichts ungelöster Probleme wie dem unzureichenden Ausbau von Windkraft, Energiespeichern und Stromleitungen. Das zeigt sich wie in einem Brennglas an dem Bürgerentscheid in Mehring im Landkreis Altötting gegen den geplanten Windpark für den bayerischen Weltkonzern Wacker Chemie. Es ist aus unserer Sicht bezeichnend, dass im ganzen Jahr 2023 in Bayern nur sieben neue Windräder gebaut und 17 neue genehmigt wurden, während in ganz Deutschland über 740 neue Anlagen in Betrieb gingen. Zu diesem Problem kommen Fachkräftemangel und überbordende Bürokratie, die wichtige Projekte verzögern, Investitionen hemmen und den Mittelstand belasten. Die Folge: Die Wirtschaftsaussichten im Freistaat trüben sich ein.

Jetzt wäre tatkräftiges Handeln mit klarem Kompass gefragt. Leider hat sich die Koalition aus CSU und FREIE WÄHLER in Teil 2 ihrer Regierungstätigkeit nach nur 100 Tagen unseres Erachtens in eine „Knatsch-Koalition“ verwandelt, die bisher nur Ankündigungen macht und über Kompetenzen streitet. Die jahrelange Ablehnung von Windrädern in Bayern durch die CSU-Fraktion behindert den dringend überfälligen Ausbau

der Windkraft als zweites Standbein für Nacht und Winter neben der Photovoltaik. Der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger ist zwar Gast auf vielen Demos, hat aber bisher unseres Erachtens weder ein ausreichendes Konzept für den beschleunigten Ausbau der Windkraft noch von Energiespeichern vorgelegt.

Auch der Mangel an bezahlbarem Wohnraum wird in Bayern immer dramatischer; es fehlen fast 200 000 Sozialwohnungen. Das groß angekündigte Projekt Bayernheim ist unseres Erachtens gescheitert.

Die PISA-Studie war ein Schock – auch für Bayern. Während aus unserer Sicht ein Konzept gegen die Bildungsmisere fehlt, streiten sich die Koalitionäre, ob Religions- oder Englischunterricht gestrichen werden soll. Statt für gute Bildung und mehr Beteiligung der Eltern auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen, fehlen Mittel für den Ausbau und zur Kostendeckung. Die Staatsregierung hat sich den Ausbau der Ganztagsangebote an Schulen zum Ziel gesetzt. Ab 2026 gilt zudem der bundesweite Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule. Doch bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die Finanzierung sowohl der offenen Ganztagschulen als auch des sogenannten Kooperativen Ganztags an den Grundschulen (KOGA), der den künftigen Rechtsanspruch erfüllt, nicht ausreicht.

Die Staatsregierung hat aus unserer Sicht weder ein Konzept für einen wachstumsorientierten Bürokratieabbau noch ein Konzept für die Fachkräftegewinnung.

Jetzt ist höchste Zeit umzusteuern: Wir brauchen im Freistaat einen beschleunigten Ausbau von Windkraft und Batteriespeichern durch Bürokratieabbau und vereinfachte Verfahren. Dringend notwendig ist auch eine Informationskampagne pro Windkraft, um die Fehler jahrelanger Desinformation wiedergutzumachen.

Die Gewinnung von Fachkräften muss verbessert werden: durch schnellere Berufserkennung und Entbürokratisierung in allen Bereichen. Durch kräftige Investitionen in die Ganztagsbetreuung und die kostendeckende Finanzierung von Ganztagschulen wird nicht nur für gute Bildung gesorgt, sondern auch eine höhere Erwerbsbeteiligung der Eltern ermöglicht.